Sitzungsvorlage

Vorlage Nr.: 101-18

Amt:	Hauptamt	Datum:	01.06.2018
Verfasser:	Pecher, Axel	AZ:	10.2-100.3

Gremium	Termin	Ö-Status	Zuständigkeit
Gemeinderat	12.06.2018	Ö	Beschlussfassung

Beschlussfassung über die Verstärkung des Gemeindevollzugsdienstes

Die frühere Mitarbeiterin im Gemeindevollzugsdienst ging im Jahr 2011 in den Ruhestand. Sie kontrollierte bis dahin in den Wintermonaten jeweils 15 Stunden wöchentlich, in der Sommerzeit 29 Stunden.

Im Anschluss daran wurde nach Möglichkeiten einer Fortführung der Kontrollen gesucht, was sich nicht einfach gestaltete. Ein Polizeibeamter der Verkehrspolizei Mühlhausen-Ehingen zeigte dann aber Interesse, die Parkkontrollen im Rahmen einer Nebenbeschäftigung durchzuführen. Diese wurde von seinem Dienstherrn für 5 Wochenstunden genehmigt. Er ist seit 2011 in diesem Umfang tätig und kontrolliert überwiegend in der Altstadt sowie Breite-, Bahnhof- und Schillerstraße.

Aufgrund der zunehmenden Missachtung der Parkvorschriften sind die Kontrollen mit diesem geringen Zeitumfang nicht mehr ausreichend. Viele Autofahrer halten sich immer weniger an die Parkvorschriften und parken bedenken- und rücksichtslos. Es werden vermehrt auch Rettungswege zugeparkt, was keinesfalls akzeptiert werden kann. Auch von Seiten der Schulen kommen immer wieder Beschwerden über rücksichtsloses Parken von Eltern.

Die Verwaltung hat daher nach Möglichkeiten einer Ausweitung gesucht und gefunden. Ein ehemaliger Mitarbeiter des Polizeipostens Engen ist kürzlich in den Ruhestand eingetreten. Er hat Interesse und Bereitschaft, zusätzliche Parkkontrollen ebenfalls mit einem zeitlichen Anteil von 5 Wochenstunden durchzuführen. Ein höherer Anteil ist versorgungsrechtlich nicht möglich.

Diese Lösung ist aus Sicht der Verwaltung zu begrüßen und gewährleistet eine bessere Kontrolltätigkeit. Der Bewerber kennt aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit auf dem Polizeiposten in Engen die Örtlichkeiten und Verhältnisse bestens. Deshalb wird vorgeschlagen, diesen ab dem 1. Juli 2018 im Rahmen eines Minijobs für den Gemeindevollzugsdienst einzustellen. Die jährlichen Ausgaben für diesen Minijob belaufen sich auf 5.800 € und können nach jetziger Einschätzung über den Gesamtpersonalhaushalt gedeckt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Einstellung eines zusätzlichen Gemeindevollzugsbeamten mit einem Umfang von 5 Wochenstunden ab dem 1. Juli 2018

Anlagen: -/-